

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

| | | |
|---|----------------------------|--------------------------|
| Gremium | | |
| Hauptausschuss | | |
| Sitzungsort Gustav-Heinemann-Schule, Holthausstraße 15, 58332 Schwelm | | |
| Datum 19.11.2015 | Beginn 17:03 Uhr | Ende 19:30 Uhr |

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Kick, Hans-Werner
Philipp, Gerd E.
Philipp, Sylvia Dr.
Schier, Klaus Peter
Flüshöh, Oliver
Lusebrink, Hans-Otto
Müller, Michael
Rüttershoff, Heinz-Joachim
Stark, Wolfgang
Gießwein, Brigitta
Weidenfeld, Uwe
Feldmann, Jürgen
Burbulla, Johanna
Stutzenberger, Olaf
Bockelmann, Christian Dr.

Vertretung für Herrn Gießwein

ab 17:50 Uhr - TOP A 8

Vorsitzende

Grollmann, Gabriele

stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.
Sartor, Christiane

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Guthier, Wilfried
Heringhaus, Petra
Klos, Karlheinz
Menke, Olaf
Mollenkott, Marion
Rath, Christiane
Riemann, Anja

Rudolph, Heike
Rüth, Christian
Schweinsberg, Ralf
Striebeck, Thomas
Weidner, Gabriele

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder:

Gießwein, Marcel

Vertretung durch Herrn Weidenfeld

Frau Bürgermeisterin Grollmann begrüßt alle Anwesenden und bittet vor Eintritt in die Tagesordnung um eine Schweigeminute zum Gedenken an die Terroropfer des Anschlags in Paris.

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|----|--|------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n | |
| 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung | |
| 4 | Mitteilungen | |
| 5 | Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates | |
| 6 | Änderung in der Bestellung von beratenden Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses | 239/2015 |
| 7 | Zentralisierung der Verwaltung | |
| 8 | Beratung des Etatentwurfs 2016 | |
| 9 | Bebauungsplan Nr. 102 "Gewerbegebiet Brunnen" 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V. mit § 13 a BauGB 2. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB 3. Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB | 184/2015/1 |
| 10 | Antrag der Fraktion "Die Linke" / Quartiersmanagement | 191/2015/1 |
| 11 | Aktualisierung der Kindergarten-Bedarfsplanung | 218/2015/1 |
| 12 | Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung | |

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Anschließend eröffnet Frau Grollmann die Sitzung des Hauptausschusses.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und Beschlussfähigkeit vorliegt.

3 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

Herr Walter Betz erkundigt sich zur Bergstraße 7, wie viele Flüchtlinge dort zurzeit wohnen und wie viele dort maximal untergebracht werden können, ob es sich bei dieser Unterkunft um eine Durchgangsunterkunft handle und wie diese bezeichnet würde.

Herr Menke erläutert, dass seines Wissens aktuell dort 18 Personen wohnen und die Unterkunft für maximal 25 Personen ausgelegt sei. Geplant sei, die dort untergebrachten Personen zeitnah in anderen Wohnungen unterzubringen, da es sich bei der Bergstraße 7 nicht um eine Dauerunterbringungseinrichtung, sondern um eine Übergangseinrichtung handle.

Herr Betz spricht die Leihstraße 8 an, in der auch noch zwei Wohnungen angemietet worden seien und fragt, ob diese beiden Wohnungen bei der Bemessung von maximal 25 Personen einbezogen seien oder es diese Wohnungen zusätzlich gebe.

Herr Menke erläutert, dass sich seine Ausführungen auf die Bergstraße 7 und nicht auf die Leihstraße bezogen haben. Ob und wann die Leihstraße angemietet werde, stehe in Überlegung.

Herr Betz fragt sodann, wie es hinsichtlich der Gestaltungssatzung für den Altstadtbereich weitergehe und wann diese beschlossen werde.

Herr Guthier erläutert den Verfahrensstand, der aller Voraussicht nach im Januar zu Ende gebracht werden könne. Bisher habe es keine Einwände gegeben.

Herr Meese aus der Präsidentenstraße stellt eine Frage zu den möglichen Gewerbeflächen in Schwelm. Er habe der Presse entnommen, dass Herr Stoffels angemahnt habe, dass zu wenig gewerbliche Flächen in Schwelm ausgewiesen seien.

Unter Hinweis auf die Ausführungen in Vorlage 184/2015/1 (Gewerbegebiet Brunnen, TOP 9 der Sitzung) bittet Herr Meese um weitere Erläuterungen zur

Die Vorbereitungen in der Verwaltung laufen auf Hochtouren.

Herr Feldmann erkundigt sich, ob es nicht einen innenstadtnäheren Ort hätte geben können.

Frau Grollmann erläutert, dass der ausgewählte barrierefreie Ort, an dem auch alle Sitzungen abgehalten werden, für durchaus geeignet befunden worden sei.

8 Beratung des Etatentwurfs 2016

Der Kämmerer und 1. Beigeordnete, Herr Schweinsberg, teilt die diversen Beweggründe mit, warum die Verwaltung heute nicht die 2. Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2016 vorlege.

Im Anschluss stellt Herr Menke eine Präsentation über die seitens der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) für den Bereich der Jugendhilfe durchgeführte Beratung im Rahmen des Stärkungspaktes vor. *(Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.)*

Herr Philipp wirft ein, dass in der kommenden Ratssitzung hier über ein komplexes Thema zu entscheiden sei, über das vorher nicht weiter diskutiert werden könne. Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass die Diskussion im Jugendhilfeausschuss im September 2015 stattgefunden habe.

Auf das Stichwort „Solidarpakt“ von Herrn Philipp teilt Herr Schweinsberg mit, dass dies zum jetzigen Zeitpunkt außen vor stehe. Eine Entscheidung des Kreises hierzu stehe noch nicht fest.

Anschließend bringt Herr Philipp eine seinerzeit in 2011 geführte Diskussion über die Wirkung von Prävention unter Hinweis auf das „Dormagener Modell“ in Erinnerung und äußert seine Bedenken, ob die Möglichkeiten, die hier nun vorgesehen seien auch greifen werden.

Herr Menke erläutert, dass er hierzu die Zahlen der GPA nicht nur linear, sondern auch von Jahr zu Jahr ausgewertet habe und schildert die positive Entwicklung und die dieser zugrunde liegenden Maßnahmen.

Für Herrn Kick zeigt sich an dieser Stelle das Ergebnis einer verfehlten Personalpolitik mit Fragestellung an den Kämmerer, ob noch weitere Bereiche bekannt seien, in denen das Sparen letztendlich mehr Kosten verursache.

Herr Schweinsberg führt als Beispiel die vielen in den letzten 15 bis 20 Jahren unterlassenen Instandhaltungsmaßnahmen an Gebäuden an, die nun wohl als Sonderabschreibungen verbucht werden müssen. Auch werde in den nächsten 10 Jahren 60 % des Verwaltungspersonals ausscheiden, zu dem nicht früh genug ausgeschrieben worden sei.

Hier komme es teilweise durch notwendig werdende Fremdvergaben zu Mehrkosten. Bisher konnten die gesetzlichen Aufgaben noch erfüllt werden, bei den freiwilligen Leistungen hingegen mussten deutliche Abstriche gemacht werden.

Herr Feldmann weist darauf hin, dass dies keine neue Erkenntnis, sondern bereits seit Jahren bekannt sei.

Frau Grollmann wurde in vielen Einzelgesprächen wiedergespiegelt, wie die Personaldecke abgenommen habe. Nun sei ein Punkt erreicht, an dem sie als Verwaltungschefin sagen müsse, dass es so nicht weitergehen könne. Gleichzeitig sei Schwelm Konsolidierungsstadt und der Weg der Konsolidierung müsse weitergehen und von vielen Schultern getragen werden. Hierzu sei es notwendig, in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit zu schauen, was getan werden könne.

Herr Feldmann bringt in Erinnerung, dass die Fraktion DIE LINKE. bei der Bewerbung als Stärkungspaktkommune seinerzeit darauf hingewiesen habe, dass einer Stärkungspaktkommune nicht nur Geld zufließe, sondern es auch Einschnitte im gesellschaftlichen wie im sozialen Bereich oder bei der Verwaltung geben werde.

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass es für die Stadt Schwelm keine freiwillig zu treffende Entscheidung war, Stärkungspaktkommune zu werden.

Als nächstes trägt Frau Heringhaus ihre vorbereitete Präsentation zur Neuberechnung der Personalkosten und Erläuterungen zur Stellenplanentwicklung vor.

Vorweg sagt sie deutlich, dass mit dieser nun aufgestellten Berechnung die Schmerzgrenze bei den Personalkosten absolut erreicht sei. Sollten sich im laufenden Jahr Veränderungen ergeben, können diese nicht mehr kompensiert werden. *(Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.)*

Herr Kick muss leider feststellen, dass der eingebrachte Haushalt 2016 mit 1.355 Hebesatzpunkten dann ein Lufthaushalt gewesen sei. Wenn die Planung nun sehr nah an dem liege, was für 2016 in den Haushalt eingestellt worden sei.

Herr Schweinsberg verwehrt sich gegen die Aussage des Herrn Kick. Die Personalkosten und der Stellenplan seien ausdrücklich von dem seinerzeitigen Bürgermeister Herrn Stobbe eingebracht worden. Er sei daran nicht beteiligt gewesen und werde dies auch weiterhin so vertreten. Die Personalkosten habe er nur nach Weisung des Herrn Stobbe in den Haushalt übernommen.

Herr Flühöh schreitet ein und bittet inständig, dieses Thema ruhen zu lassen. Dieser Stellenplan sei vom ehemaligen Bürgermeister aufgestellt worden. Dem Kämmerer hierfür nun die Schuld zu geben, entbehre jeglicher Grundlage. Alle Fachbereiche haben im Rahmen des Haushaltsplanverfahrens ihre Ansätze der Kämmerei gemeldet. Verantwortlicher bis zum 20.10.2015 sei Herr Stobbe gewesen. Er schlägt vor, dieses Thema abzuhaken, nach vorne zu schauen und zu versuchen, gemeinsam den Haushalt 2016 aufzustellen.

Herr Kick wendet noch ein, dass wenn es für alle so ersichtlich gewesen sei, warum der Kämmerer dies nicht von sich aus thematisiert habe.

Anschließend beantwortet Herr Schweinsberg eine Nachfrage des Herrn Feldmann zu den drei zusätzlichen Hausmeisterstellen, bevor Herr Feldmann die zwei geplanten Ausbildungsplätze anspricht. Vor dem Hintergrund des Ausscheidens von 60 % der Belegschaft in den nächsten 10 Jahren erscheine ihm dies zu wenig.

Frau Heringhaus erklärt, dass die Stadt Schwelm in der Vergangenheit immer bedarfsgerecht ausgebildet habe und dies auch zukünftig beabsichtige. Die deutliche Fluktuation beginne erst in 2019 bis 2020.

Nach Auffassung des Herrn Dr. Bockelmann habe Frau Heringhaus einen guten Weg zur Haushaltskonsolidierung aufgezeigt. Er möchte an dieser Stelle zur Sachlichkeit aufrufen und bitten, nicht immer nur an die Vergangenheit zu denken. Eine gemeinsame Chance stecke nun in diesem und den folgenden Haushalten.

Herr Flühshöh bittet, in der nächsten Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz mit dem Kreis die Argumentation über eine perspektivische Ausbildung abzugleichen. Der Kreis bilde engagiert aus, die Städte hingegen seien zum Teil hierzu nicht in der Lage. Die Misere, dass ausgebildete Beschäftigte abwandern, weil keine Perspektiven angeboten werden können, werde sicher nicht ganz aufgehalten werden können.

Er rege aber an, die Fragestellung beim Kreis zu thematisieren und die Antwort rückzuspiegeln.

Herr Schier stellt eine Verständnisfrage zu Überstunden, die einerseits um Kosten zurückzufahren abgebaut werden sollen und andererseits in machen Bereichen tatsächlich geleistet werden müssen und wie da geplant werden könne, welche Kosteneinsparungen ein Überstundenabbau einbringe.

Herr Schweinsberg stimmt zu, dass es leider Bereiche gebe, in denen aufgrund der aktuellen Situation Überstunden geleistet werden müssen, aber auch andere Bereiche, in denen Überstunden mit gewissen damit einhergehenden Einschränkungen abgebaut werden können. Des Weiteren wurde die Schließzeit vor Weihnachten erweitert. In Summe ergebe sich daher der von Frau Heringhaus dargestellte Wert.

Herr Philipp verweist auf die in Nachbarstädte abgewanderten Feuerwehrleute und die an den Kreis bzw. andere Kommunen gegangenen Personen. Es müsse versucht werden, die wenigen vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen, dies zu verhindern.

Frau Grollmann erklärt, dass sie sich auf den Weg der Reform der Verwaltung begeben habe und versuchen werde, in den nächsten Jahren die Verwaltung als guten und starken Arbeitgeber zu positionieren. Dieser Prozess benötige jedoch Zeit. So müssen in einem ersten Schritt Ausbildungsplätze belegt werden. Aber richtig sei auch, dass für die Zeit nach der Ausbildung zukünftig ein anderer Weg eingeschlagen werden müsse.

Herr Weidenfeld führt in diesem Zusammenhang an, dass hinter den Überstunden auch der Krankenstand der Belegschaft stehe, der ebenfalls von der Motivation innerhalb einer Verwaltung abhängt und überlegt werden müsse, hier einen Rückgang zu erreichen.

Herr Flühshöh erläutert, warum die von Frau Heringhaus dargestellten Einsparungen hinsichtlich der Rückstellungen nur ein Einmaleffekt darstellen, die es in den Folgejahren in der Form dann nicht mehr geben werde.

Herr Kick erkundigt sich nach dem Sachstand der Neubewertung des Infrastrukturvermögens, die zum Jahresende abgeschlossen sein sollte und ob aus dieser Neubewertung Effekte für den Haushalt 2016 zu erwarten seien. Des Weiteren bittet er den Kämmerer um eine Aussage, ob er daran festhalte, am 26.11.2015 keine 2. Änderungsliste einzubringen.

Zur Bewertung des Infrastrukturvermögens antwortet Herr Schweinsberg, dass vor zwei Wochen das Abschlussgespräch mit der Firma GMO stattgefunden und diese der Verwaltung ca. 1.600 Datensätze überspielt habe. Diese müssen nun in Abstimmung mit den Technischen Betrieben Schwelm (TBS) abgeglichen werden. Es ist vorgesehen die Ergebnisse in den Haushalt 2016 einzuspielen. Darüber hinaus konnte eine Kollegin gewonnen werden, die die Gebäude bewertet. Ihre Stellungnahme liegt dem Rechnungsprüfungsamt zur Bewertung vor. Auch diese Werte werden in den Haushalt 2016 einfließen.

Zu der Verabschiedung des Haushaltes 2016 habe er im Ältestenrat ausgeführt. Die Verwaltung beabsichtige derzeit nicht, den Beschlussentwurf am 26.11.2015 einzubringen.

9 Bebauungsplan Nr. 102 "Gewerbegebiet Brunnen" 184/2015/1
1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V. mit § 13 a BauGB
2. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB
3. Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB)

Herr Philipp bezieht sich auf die Ausführungen auf Seite 3 der Verwaltungsvorlage („konkurrierende Belange“) und kündigt an, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht folgen werde.

Herr Feldmann führt an, dass es dort eine ansässige Nachbarschaft gebe, die sich seit Anfang 2015 dort einen Bauplatz eingerichtet habe und Schwierigkeiten bekommen werde, einen anderen Platz zu finden.

Herr Striebeck weist darauf hin, dass den Nachbarschaften, die um Hilfe ersuchen, stets mit viel Mühe zur Seite gestanden worden sei, eine Fläche zu finden. Er hoffe, dies auch weiterhin tun zu können.

Herr Flühöh bringt in Erinnerung, dass sich der Antrag, das Gebiet als Gewerbegebiet zu entwickeln und die Suche der Nachbarschaft seinerzeit überschritten haben. Daher habe er den ehemaligen Bürgermeister bewusst gebeten, der Nachbarschaft deutlich zu machen und die Verträge entsprechend zu gestalten, dass wenn die Entwicklung erfolge, dass sich dann die Nachbarschaft einen neuen Platz suchen müsse. Frau Grollmann und er haben eine Veranstaltung der Südwestfälischen Industrie und Handelskammer (SIHK) besucht, in der Flächen für die gewerbliche Entwicklung im Ennepe-Ruhr-Kreis thematisiert worden seien. Andere Städte haben wesentlich mehr Kapazitäten als Schwelm. Wichtig sei, dieses Thema auch in Schwelm nach vorne zu bringen. Heute solle zunächst der Aufstellungsbeschluss gefasst werden. Eine andere Alternative zur Steuererhöhung

könne eben auch sein, mehr Steuerzahler zu gewinnen. Die CDU-Fraktion wolle auch an dieser kleinen Fläche deutlich machen, dass eine gewerbliche Entwicklung nicht aus den Augen verloren werde.

Herr Feldmann spricht die Schwermetallbelastung des betroffenen Gebietes an und die Belastung hinsichtlich einer Standfestigkeit. Für ihn sei die Rheinische Straße durchaus eine adäquate Möglichkeit für derartige Diskussionen.

Beschluss:

1. Gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13a BauGB vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 102 „Gewerbegebiet Brunnen“ im beschleunigten Verfahren beschlossen.
Von der Umweltprüfung gem. § 2 (5) BauGB, vom Umweltbericht gem. § 21 BauGB, der Angabe gem. § 3 (2) Satz 2 BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 (4) BauGB wird abgesehen; § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.
Das Plangebiet beinhaltet das Flurstück der Gemarkung Schwelm, Flur 7, Flurstück 506 tlw.. Der genaue Geltungsbereich setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs. 7) BauGB.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des beigefügten Vorentwurfs die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB (öffentliche Auslegung für die Dauer 1 Monats) durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des beigefügten Vorentwurfs die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB durchzuführen.

| | | |
|----------------------|---------------|----|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | |
| | dafür | 10 |
| | dagegen: | 8 |
| | Enthaltungen: | |

10 Antrag der Fraktion "Die Linke" / Quartiersmanagement

191/2015/1

Herr Feldmann erläutert die Hintergründe des Antrags, der dem Grunde nach für sich selbst spreche. Es stelle sich die Frage, wie unsere Stadt in 20 Jahren aussehe, in der sich die Menschen wohl fühlen und adäquat wohnen können. Der Bedarf einer Stadt verändere sich schnell. Seinerzeit gab es einen Überhang an Wohnungen, aber durch höhere Geburtenraten und Zuzüge nach Schwelm werde inzwischen händeringend Wohnraum gesucht. Auch Schwelm werde zukünftig einen noch höheren Anteil an über 50-Jährigen haben. Die Fraktion DIE LINKE. sehen jetzt die Chance, für Schwelm dahingehende zukunftsorientierte Überlegungen anzustellen.

Herr Philipp spricht den seinerzeit gestellten Antrag zur Demographie Schwelms an, der in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen könnte.

Herr Dr. Bockelmann erinnert an das auf der Homepage der Stadt Schwelm veröffentlichte Stadtentwicklungskonzept „Zukunft Schwelm“, in dem bereits viel zu diesem Thema stehe und viele Ideen abgehandelt werden. Es wurde nur bisher nicht umgesetzt. Daher schlage er vor, die beiden Punkte zusammenzuführen und ein Projekt daraus zu gestalten. In diesem können sich alle Fraktionen nochmals zusammensetzen und schauen, an welcher Stelle das Quartiersmanagement eingearbeitet werden könne.

Herr Weidenfeld weist darauf hin, dass der Punkt der Flüchtlingsproblematik nicht aus den Augen verloren werden dürfe. Der Blick sei auf schnelle und integrative Möglichkeiten zu lenken. Die Bebauungspläne und die Bauordnung müssen dringend dahingehend angesehen werden, wie Wohnraum geschaffen werden könne.

Herr Flühöh würde gerne die beiden Aspekte zusammenfassen wollen. Einerseits habe sich die Politik gemeinsam Gedanken über das Erscheinungsbild unserer Stadt gemacht, von dem nicht viel umgesetzt worden sei. Auch stimme er Herrn Weidenfeld zu. Grundsätzlich sei das Quartiersmanagement eine gute Sache, andererseits sehe er Schwelm von seiner Größenordnung her. Die Kraftressourcen und Zeit solle in die Umsetzung gesteckt werden. Politik sitze in regelmäßigen Abständen zusammen, um schnelle und wesentliche Entscheidungen z.B. zu Standorten für Kitas oder Wohnungen zu treffen. Da wäre es gut, die Energie in die eigentliche Umsetzung zu investieren. Vielleicht solle sich die Politik das Stadtentwicklungskonzept noch einmal ansehen und ggf. ergänzen.

Herr Kick knüpft an die Ausführungen des Herrn Dr. Bockelmann und des Herrn Flühöh an. Das Quartiersmanagement sei ein wichtiges Thema. Bei Zusammenführung sollte sichergestellt werden, dass die Ideen aus dem Quartiersmanagement nicht verloren gehen.

Herr Dr. Bockelmann schlägt dem Antragsteller vor, in den Antrag aufzunehmen, dass sein Anliegen in das Stadtentwicklungskonzept aufgenommen werden solle.

Herr Feldmann gibt zu bedenken, dass es einen wesentlichen Unterschied zwischen dem Stadtentwicklungskonzept und dem Quartiersmanagement gebe. Dies sei der Bereich der Sozialraumanalyse. Hier werde ein Konzept notwendig, damit entsprechende Fördermittel beantragt werden können. Dies gelte dann auch für Privateigentümer (z.B. für den Einbau eines Fahrstuhls oder Umsetzung energetischer Maßnahmen). Er würde das eher umgekehrt sehen, dass das Stadtentwicklungskonzept Bestandteil des Quartiersmanagement sein sollte, da letzteres weitfassender sei.

Frau Burbulla erkundigt sich beim Antragsteller, ob dieser bereit sei, dies in seinem Antrag in der Form ggf. bis zur Ratssitzung umzuformulieren.

Herr Feldmann möchte das Anliegen gut verzahnen und nicht, dass nur Argumente ausgetauscht werden.

Herr Dr. Bockelmann unterbreitet dem Antragsteller im Falle seiner Zustimmung den Vorschlag, im Rat über seinen Antrag abzustimmen zu lassen und dass er bis dahin eine entsprechende Formulierung erarbeiten könne.

Frau Gießwein spricht den ersten Satz des Beschlussvorschlages der Vorlage 191/2015/1 an und stellt die Sinnhaftigkeit in Frage, da die Verwaltung ihres Wissens nach überhaupt nicht die personellen Ressourcen habe, den Auftrag ab 2016 zu bedienen.

Frau Grollmann dankt Frau Gießwein für diesen Einwand. Sie könne definitiv sagen, dass die Verwaltung mit ihren vorhandenen personellen Ressourcen nur ihre zwingend erforderlichen Projekte und weder im Januar noch im November des nächsten Jahres zusätzliche derartige Aufgaben wahrnehmen könne.

Herr Feldmann weist darauf hin, dass im Antrag dargestellt worden sei, wie eine Umsetzung mit Verwaltung eher als Koordinator ablaufen könne und Universitäten und andere entsprechende Institute eingebunden werden sollten.

Frau Grollmann muss auch hier abwehren, dass selbst wenn einzelne Untersuchungen von anderen Institutionen erfolgen, die Verwaltung als Koordinator doch immer zur Verfügung stehen müsse. Über diese Ressource verfüge sie definitiv nicht, auch wenn sie das Konzept grundsätzlich gut finde.

Frau Dr. Hortolani regt an, über die Vertagung der Vorlage zu entscheiden.

Herr Feldmann ergänzt, dass er eine entsprechende Formulierung für die Ratssitzung überlegen werde und stellt den entsprechenden Antrag auf Vertagung.

Frau Grollmann bittet um Abstimmung über den Vertagungsantrag in den Rat.

| | | |
|----------------------|-------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
|----------------------|-------------|---|

11 Aktualisierung der Kindergarten-Bedarfsplanung 218/2015/1

Herr Menke beantwortet eine Nachfrage des Herrn Feldmann zu Großtagespflege.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, aufgrund der aktuellen Entwicklungen kurzfristig die bedarfsgerechte Planung der Tagesbetreuung für Schwelmer Kinder anzupassen und umzusetzen.

Die Maßnahmen sollen in der Etatplanung 2016 ff. berücksichtigt werden.

| | | |
|----------------------|-------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
|----------------------|-------------|---|

12 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Stutzenberger schildert, wo er im Wohnbaugebiet Winterberg im Vergleich zur ursprünglichen Planung eine Gefährdung für Fußgänger sehe, die von der Frankfurter Straße Richtung Astrid-Lindgren-Weg die Straße überqueren müssen.

(Zur Erläuterung ist der Niederschrift ein Lageplan des angesprochenen Wohngebietes als Anlage beigelegt!)

Herr Philipp spricht eine geplante Veranstaltung zum Thema Solidarpakt an, an der Mitglieder des Hauptausschusses teilnehmen sollen.

Herr Flüshöh erläutert die Hintergründe für diese Auftaktveranstaltung, in der zum einen grundsätzlich über die vorgesehene Lenkungsgruppe entschieden werden soll und zum anderen, welche Personen aus den Parteien entsandt werden sollen. Zurzeit sieht es jedoch bereits so aus, dass der geplante Inhalt der Auftaktveranstaltung bereits von dem Thema der Flüchtlingsproblematik überlagert werde.

Frau Grollmann berichtet von der Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz mit allen alten und neuen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Sie werden sich am 09.12.2015 zusammenfinden, um sich mit dem Thema Flüchtlingsproblematik städteübergreifend zu befassen.

Sitzungsunterbrechung von 19:14 Uhr – 19:19 Uhr

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 14 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

| | | |
|-------------------------|-----------------------------------|--|
| Schwelm, den 20.11.2015 | Schritfführerin gez. Söhner | Die Bürgermeisterin gez. Grollmann |
|-------------------------|-----------------------------------|--|